

1. Tag, Dienstag, den 15. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr.

Genosse B o u l l i o n - Gotha:

Die Ortsgruppe Gotha der K.A.P.D. hat mir den ehrenvollen Auftrag erteilt, die Teilnehmer des Parteitages zu begrüßen. Wir heißen Sie alle willkommen, allerdings nicht in der sonst bei derartigen Veranstaltungen üblichen Weise in einem mehr oder weniger geschmackvoll dekoriertem Saal, sondern in dem einfachen schlichten Raum, in dem die Gothaer Arbeiterschaft mit Ausnahme der Allgemeinen Arbeiter-Union ihre Versammlungen abhält. Man gewährt der Allgemeinen Arbeiter-Union die Räume des Volkshauses nicht (hört, hört!), weil man befürchtet, daß die Vorstände der gewerkschaftlichen Organisation daraus den Schluß ziehen könnten, daß durch das Zusammenarbeiten eine die Gewerkschaften schädigende Tätigkeit entstehen könnte. Diese Tagung hier in Gotha findet auf historischem Boden statt. Gotha war zunächst der Zufluchtsort für viele, die von der bürgerlichen Gesellschaft geächtet, verfolgt und gehetzt wurden, vor allem zurzeit des Sozialistengesetzes. Gotha wurde besonders gern von den verschiedensten bürgerlichen Parteien und auch von der Sozialdemokratie wiederholt als Tagungsort ausersehen. So traten schon 1848 in der bürgerlichen Revolution hier die fortgeschrittensten Männer zusammen, um ihre Grundsätze und Taktik für die in Frankfurt tagende deutsche Nationalversammlung festzulegen. Ihre Tätigkeit ist bekannt unter dem Namen der Gothaer Richtung. Als dann 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in Leipzig gegründet wurde, fand er hier in Gotha sofort günstigen Boden und eine Mitgliedschaft, von der heute noch einige geborstene Säulen von längst verschwundener Pracht zeugen. Als man dann im Laufe der Jahre eingesehen hatte, daß mit der von Lasalle propagierten Anschauung, mit den Produktivgenossenschaften, mit Selbsthilfe die Befreiung der Arbeiterklasse nicht erreicht werden könnte, trat man in unserer Nachbarschaft, in Eisenach, zusammen und gründete die sozialdemokratische Partei und stellte das sich heute ebenso als untauglich erwiesene Mittel, das Stimmrecht, in den Vordergrund, das man im Jahre 1861 nicht mehr zu erobern brauchte, das aber noch nicht ein allgemeines gleiches damals war. Man verlegte sich damals also mehr auf den Parlamentarismus. Bei der ersten Wahl zum norddeutschen Reichstag im Jahre 1869 erhielt die Sozialdemokratie hier in Gotha 700 Stimmen. Im Jahre 1875 trat man dann hier in Gotha zu einem Versammlungskongreß zusammen, auf dem sich die bis dahin feindlichen Brüder, die Las-

sallianer und die sogenannte Eisenacher Richtung verschmolzen und sich den Namen gaben Sozialdemokratie Deutschlands. Mit diesem 1875 hier festgelegten Programm der deutschen Sozialdemokratie ging man nun unter die Massen, um sie mit dieser Illusionspolitik zu verseuchen. 1896 fand hier nochmals ein Kongreß statt. Die Politik des Parlamentarismus hat hier in Gotha hohe Wellen geschlagen. 1871 erhielt die Sozialdemokratie hier 1400 Stimmen, 1875 schon bereits über 7000. Das Mandat ging damals bei den Septennatswahlen im Jahre 1887 verloren, fiel dann aber endgültig im Jahre 1893 der Sozialdemokratie zu, die es bis auf eine kurze Zeit infolge der Hottentotten-Wahlen bis auf den heutigen Tag innehatten; heute hat es die Unabhängige Partei. Sofort nach der Abstimmung im Reichstage am 4. August 1914 trat hier in Gotha die Opposition gegen die Abstimmung der Sozialdemokratie hervor, die dann immer mehr zum Durchbruch kam. 1917 trat dann hier der Kongreß zusammen, der den Spartakusbund und die Unabhängige Partei vereinigte. Schon damals auf diesem Vereinigungskongreß zeigte sich, daß diese morganatische Ehe nicht von langer Dauer sein würde, denn der Vertreter des Spartakusbundes, Heckert, erklärte damals bereits, daß der Spartakusbund allerdings die Verbindung eingehen werde, sich aber vorbehalten müsse, seine Ideen auch fernerhin in der neuen Partei zu propagieren. Kaum in Jahresfrist trennten sich beide auch wieder. Als dann der Heidelberger Kongreß kam, und die Trennung innerhalb des Spartakusbundes vor sich ging, traten auch wir Gothaer Genossen auf die Seite der Opposition. Wir haben bis heute auch in diesem Sinne gewirkt. Wir sind allerdings nur eine kleine Gruppe, sind aber fest und bereit, jederzeit zu kämpfen und selbst das Leben zu lassen. Gotha wurde auch in der nachrevolutionären Zeit von den Märker-Truppen besetzt. Man besetzte damals die Waggonfabrik, und hier floß zugleich auch das erste Blut in Gotha. Bei Ausbruch der Revolution traten auch die Arbeiter zusammen, erklärten die Regierung ihres Amtes enthoben und wählten drei Volksbeauftragte und einen Arbeiter- und Soldatenrat. Die Volksbeauftragten standen aber auf dem Boden der Legalität und beseitigten nicht den bürgerlichen Bürokratismus. Manche schöne Reform hätte man damals durchführen können. Es ist die Schuld der Volksbeauftragten, daß sie nicht durchgeführt wurden. Nach dem Kapp-Putsch kam es hier in Gotha auch wieder zu Kämpfen, Truppen erschienen wieder in der Stadt. Wir bekamen aber von außerhalb Unterstützung und schlugen die Truppen in zwei Tagen wieder heraus. Diese günstige Situation auszunutzen gelang aber nicht infolge Verrats der Gewerkschaftsführer hier am Orte. Man hat auch hier wieder die Geschichte ab-

gewürgt, die einen guten Anfang genommen hatte. Die Revolution im März kostet den Gothaer Arbeitern 104 Tote und 120 Verwundete. (Hört, hört!) Daran können Sie ersehen, wie die Gothaer Arbeiterschaft auf dem Posten ist und auch weiter sein wird.

Sie haben hier auf dem Parteitag Fragen zu erledigen, die nicht nur von Bedeutung für die K.A.P.D. sein werden, sondern vielleicht für die ganze Internationale. Mögen Ihre Beschlüsse hinsichtlich der 3. Internationalen ausfallen, wie sie wollen, jedenfalls ist es Aufgabe der K.A.P.D. die 3. Internationale, der noch viel Opportunismus anhaftet, dahin zu drängen, daß sie zu dem wird, was sie sein muß, die Internationale der Tat, die sich endlich aufrafft, die Arbeiter aller Länder aufzufordern, den Kapitalismus und die sich darauf aufbauende bürgerliche Gesellschaft zu zertrümmern und an ihre Stelle die klassenlose Gesellschaft zu setzen. Ich habe die Hoffnung, daß der Parteitag alle Fragen im Sinne unserer Prinzipien, im Sinne der Kommunistischen Arbeiter-Partei lösen wird. In diesem Sinne heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen, und wünsche Ihren Arbeiten den besten Erfolg. (Beifall)

Vorsitzender Genosse R a s c h:

Die freundliche Begrüßungsansprache unseres Genossen Boullion wird dem Parteitag gezeigt haben, daß auch die Gothaer Parteigenossen alles tun werden, um die Organisation in Groß-Thüringen auf der Höhe zu erhalten.

Im Auftrage des Geschäftsführenden Hauptausschusses erkläre ich hiermit den Parteitag für eröffnet.

Die Tagesordnung lautet:

- 1.) Bericht.
- 2.) Politische Lage.
- 3.) Die Aufgaben der Partei
 - a) Allgemeines
 - b) 3. Internationale
 - c) Allgemeine Arbeiterunion
 - d) Räte
- 4.) Arbeitslosenfrage.
- 5.) Jugendfrage.
- 6.) Frauenfrage.

7.) Agrarfrage.

8.) Organisation

- a) Kassenbericht
- b) Entwicklung der Partei
- c) Wahlen
- d) Unterstützungswesen.

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, bitte ich um Vorschläge zur Bureauwahl und zur Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Genosse M ü h l e - Berlin schlägt für die Leitung vor die Genossen Rasch, Helwig-Leipzig und Knudel-Berlin und für die Mandatsprüfungs-Kommission die Genossin Passauer-Braunschweig, Genossin Chemintz-Berlin und Genossin Hamlau.

Die Vorschläge werden en bloc angenommen.

Genosse M a n n s f e l d beantragt, daß alle Referenten der Partei und alle Genossen, die eine Zeitschrift, die im Interesse der Partei bisher gearbeitet hat, vertreten oder redigieren, an dem Parteitag mit beratender Stimme teilnehmen dürfen.

Genosse -Berlin beantragt, daß die Vertreter der revolutionären Arbeitslosenräte mit beratender Stimme zum Parteitag zugelassen werden.

1. Bericht

Genosse R a s c h:

Genossen! Die K.A.P.D. hat sich im April 1920 gegründet, die jüngste Partei in Deutschland, trotzdem eine politische Organisation, deren Tendenzen, deren Programm, deren Grundsätze weit über die deutschen Grenzen gedrungen sind, und von der jede revolutionäre Bewegung des Auslandes Kenntnis genommen hat, und die heute nach nicht einem Jahre ihre Prinzipien überall, in allen Reihen versucht hat auszumünzen und einzudringen, und die in den vordersten Reihen der Kämpfe des deutschen Proletariats gestanden hat. Ihr wißt alle, wie damals die K.A.P.D. aus der Opposition des Spartakusbundes heraus sich im April 1920 konstituierte als kommunistische Arbeiterpartei; Ihr wißt alle, unter welchen schwierigen Verhältnissen die Gründung der Partei vorgenommen wurde: keine baren Mittel vorhanden, keine Tagespresse, und die bestehende Presse teilweise überschuldet, sodaß der Zusammenbruch der wenigen vorhandenen Organe stündlich, täglich zu erwarten war. Es war damals als Parteipresse vorhanden die kommunisti-

sche Arbeiterzeitung Hamburgs, die kommunistische Arbeiterzeitung Berlins, von Ostsachsen der "Kommunist"; und nachträglich wurde in Westsachsen ein Organ geschaffen. All diese Zeitungen aber erschienen nur in gewissen Zeitläufen, es war keine Tagespresse, sie erschien nur zwei Mal oder höchstens drei Mal in der Woche, einzelne sogar einmal in der Woche. Hinzu kam, Genossen, daß materielle Mittel nicht vorhanden waren, als die Partei sich gründete. Aber die nachfolgende Zeit zeigte, wo ein Wille ist, wo eine ernsthafte revolutionäre Auffassung besteht, über alle diese Dinge, über diese technischen Schwierigkeiten der Idealismus, die Überzeugung der Genossen im Reich hinweghilft. Und innerhalb kurzer Frist war eine Organisation aufgebaut, die sich über das gesamte Deutsche Reich erstreckte. Während auf dem Gründungsparteitag 1920 nur die Bezirke Norden, Groß-Berlin, Ostsachsen, Nordwesten vertreten waren, dauerte es nicht lange, daß die Bezirke Mitteldeutschland und die übrigen deutschen Bezirke mit Ausnahme Bayerns und Württembergs für die K.A.P.D. gewonnen waren. Das, was dem Spartakusbund noch übriggeblieben war, waren nur wenige; das wurde nur künstlich aufrechterhalten mit seinem Beamtenapparat, mit der großen Kasse, der wir allerdings nach dieser Richtung hin nichts entgegenstellen konnten. Aber was wir entgegenstellen konnten, das war, wie gesagt, die innere Überzeugungskraft der Genossen in Deutschland.

Und wie es natürlich bei einem derartigen neuen Gebilde immer ist, es dauerte einige Zeit, bis auch die K.A.P.D. den inneren Klärungsprozeß zu überstehen hatte. Die Opposition, die sich zur K.A.P.D. gebildet hatte, war keine einheitlich geschlossene Richtung; und so kam es denn, daß der erste Parteitag der K.A.P.D., der illegal stattfinden mußte, sich auseinandersetzte über die Tendenzen des Nationalbolschewismus, der von den Genossen Laufenberg und Wolffheim aus dem Bezirk Norden vertreten wurde. Die Partei reinigte sich davon. Wolffheim und Laufenberg und ihre Anhänger stellten sich aufgrund der Beschlüsse des Parteitags außerhalb der K.A.P.D. Der Bezirk Nord allerdings war durch diese Stellung seiner geistigen Vertreter vollständig ruiniert, der Auflösung nahe; und so mußte dort hineingegriffen werden, um wieder eine aktionsfähige Organisation auch im Bezirk zu haben. Dadurch, daß Wolffheim und Laufenberg nachher sich mit ehemaligen Offizieren, Divisionspfarrern, Landjunkern wie v. Bismarck zusammen eine Studiengesellschaft für Kommunismus gründeten, erkannten die Arbeiter in Hamburg erst den Weg, den diese beiden Führer einschlugen. Und so kam es denn, daß innerhalb kurzer Frist jene, die dort als Anhänger Laufenbergs und Wolffheims standen, wieder zur Partei zurück-

kehrten und dort jetzt der Bezirk Nord wieder im Aufbau begriffen ist und in letzter Zeit gute Fortschritte gemacht hat. Wir wollen hoffen, daß innerhalb kurzer Frist der Bezirk Nord wieder auf der alten Höhe stehen wird, auf der er früher gestanden hat.

Auf der einen Seite ist einer jener Bezirke, die sich mit ganz primitiven Mitteln aus sich selbst heraus eine gute Organisation geschaffen haben, der Bezirk Mitteldeutschland. Auch dort wuchsen die Kräfte; und so sahen wir überall jene Bezirke, die vorher uns noch fernstanden, sich der K.A.P.D. anschließen.

Die Aufgabe des Geschäftsführenden Hauptausschusses in der Zeit, Genossen, war nicht leicht. Wir konnten nicht mit einem solchen Apparat arbeiten wie die übrigen Parteien. Alle Mittel fehlten. Und so mußten oft Ansprüche, die die einzelnen nicht fest fundierten Wirtschaftszirke stellten, außer Acht gelassen werden. Aber es hat sich gezeigt, daß dadurch jene Wirtschaftsbezirke etwas selbständiger wurden, mehr auf ihre eigene Kraft gestellt waren und mehr aus eigener Initiative die Organisation aufbauten ohne irgendwelche Hilfe von außen zu haben.

Wir haben versucht, durch Herausgabe einzelner Flugblätter in bestimmten Situationen die Stellungnahme der K.A.P.D. in die Massen hinein bekanntzugeben. Aber, Genossen, es besteht ein Unterschied zwischen der Arbeit der kommunistischen Partei und den alten Parteien. Ihr wißt ja alle, jeder einzelne Wirtschaftsbezirk gab aus sich heraus Flugblätter heraus, nicht so, wie es in den anderen alten Parteien war, daß von oben herab das bestimmt und aufoktroiert wurde. Das bestand nicht in unseren Reihen, sondern die eigene Initiative war das, was mit erstrebenswert und erkämpfenswert für unsere Partei ist.

Unsere politische Stellungnahme seit dem Tage der Gründung unserer Partei war klar und unzweideutig. Bei allen Auseinandersetzungen, bei allen Kämpfen, die das Proletariat im letzten Jahre zu führen gezwungen war und die die K.A.P.D. förderten, wurden klare und unzweideutige Parolen herausgegeben. Und wenn diese Parolen die Massen nicht schon gewonnen haben, so ist aber heute zu verzeichnen, daß in den verschiedensten Arbeiterparteien auf Grund unserer Tätigkeit langsam eine Erhellung einzutreten beginnt, sodaß unsere Arbeit nicht nutzlos war.

Genossen, hinzu kam noch, daß die Auseinandersetzung in Bezug auf die 3. Internationale für die Partei von wesentlicher Bedeutung gewesen ist. Scharfe Auseinandersetzungen über die Richtlinien der 3. Internationale fanden statt, und einhellig ohne Ausnahme standen sämtliche Wirtschaftsbe-

zirke geschlossen gegen die opportunistischen Leitsätze der 3. Internationale. Diese Auseinandersetzungen haben wesentlich zu einer Klärung der Geister beigetragen. Und auch weit über den Rahmen unserer Partei hinaus ist durch die scharfen Kritiken an diesen opportunistischen Leitsätzen ein gutes Werk geschaffen worden. Wir hoffen, daß auch in zukünftigen Zeiten eine gewisse Geschlossenheit und in theoretischer Beziehung eine noch größere Klarheit eintreten wird in unseren Reihen.

Eine der Fragen in allen Wirtschaftsbezirken, die auch eines Eingreifen des Geschäftsführenden Hauptausschusses sehr oft bedurfte, war das Fehlen guter Agitatoren. Es hat sich aber auch hier gezeigt, daß die anfänglich wenig vorhandenen Kräfte innerhalb der Partei in kurzer Zeit durch die eigenen geistigen Kräfte in den einzelnen Wirtschaftsbezirken nicht nur verdoppelt, sondern verdreifacht worden sind, sodaß heute schon die Partei über eine große Anzahl von Rednern verfügt, die eben sich langsam aus dem Kreise der Arbeiterschaft heraus entwickelt haben. Wir haben in den letzten Monaten versucht, eine intensive Agitation, eine intensive Belebung der Organisation zu erstreben dadurch, daß ein Austausch der Referenten des einen Wirtschaftsbezirks zum anderen ermöglicht wurde. Soweit sich bis heute übersehen läßt, ist diese Art der Arbeit von guter Wirkung für die Wirtschaftsbezirke gewesen, und wir hoffen, das auch in Zukunft durchsetzen zu können. In Preussen selbst, wo die Vorbereitungen zu den Parlamentswahlen von seiten der übrigen parlamentarischen Arbeiterparteien stattfinden, haben wir durch eine große Propaganda in Wort und in letzter Zeit auch durch Herausgabe eines Flugblattes entgegengearbeitet. Ihr habt ein derartiges Flugblatt vor Euch, und Ihr seht daran, daß alles das, was in unseren allerdings wenigen Kräften stand, getan wurde. Wir wollen hoffen, Genossen, daß auch die kommenden Zeiten dazu angetan sind, einen derartigen Austausch von Kräften zu ermöglichen - zum Vorteil der Organisation. Dadurch, daß die einzelnen in den Wirtschaftsbezirken tätigen agitatorischen Kräfte in einen anderen Wirtschaftsbezirk auf drei, vier Wochen versetzt werden, wird es ermöglicht, daß sie ihre Kenntnisse erweitern, ihren Gesichtskreis erweitern und dadurch ein Vorteil für den in Frage kommenden Wirtschaftsbezirk eintritt. Wir müssen aber dieses noch bedeutend mehr handhaben, als es bisher geschehen ist. Manche Fehler haben sich noch nach der Richtung hin gezeigt, diese müssen eben unter allen Umständen in Zukunft vermieden werden.

Das ist im großen und ganzen das, was sich in letzter Zeit abgespielt hat. Ich möchte nicht den einzelnen Punkten, die als besondere Punkte auf

die Tagesordnung gesetzt sind, im Bericht vorgreifen, um nicht eine unnötige Diskussion in zersplitterter Form hervorzurufen. Ich will verhüten, daß über die einzelnen Fragen jetzt diskutiert wird. Das kann in ausgiebiger Weise bei den Tagesordnungspunkten geschehen, die dafür vorgemerkt sind.

Allgemein kann man sagen, Genossen, daß unsere Partei heute zwar klein an Zahl aber theoretisch fest da steht. Und die Dinge, die noch zu überwinden sind, wird die Partei auch bestehen, sie wird darüber hinwegkommen und wird für die deutsche Arbeiterbewegung und weiter darüber hinaus den Vortrupp des revolutionären Proletariats bilden. Ich hoffe, Genossen, daß sich die K.A.P.D. innerhalb kurzer Frist in dem Kreise des Proletariats durchsetzen wird und daß die Anschauungen unseres Programms mehr und mehr in die Köpfe der Arbeiterklassen eindringen werden.

Damit wäre das, was ich Ihnen zu Punkt "Bericht" sagen könnte, erledigt. Ich will nicht in Einzelheiten eingehen und bitte nun, Genossen, dazu Stellung zu nehmen.

Stellvertretender Vorsitzender Genosse H e l l w i g :

Der Antrag von Genosse Mannsfeld liegt jetzt in folgender schriftlichen Form vor:

"Um zu einer Vertiefung der geistigen Auseinandersetzungen gelangen zu können, beantrage ich, daß alle Referenten der Partei sowie alle sich in den Dienst der Prinzipien der K.A.P.D. gestellt habenden Redakteure von Zeitungen auf dieser Tagung ihre aus der praktischen Arbeit in der revolutionären Bewegung gewonnenen Erfahrungen mit beratender Stimme zu allen Tagesordnungsfragen vertreten dürfen."

Genosse M ü h l e - Berlin:

Wir sind der grundsätzlichen Auffassung, daß auf diesem Parteitag die Delegierten aus den Wirtschaftsbezirken die Meinung ihrer Mitglieder zu vertreten haben. Wir können in der Beziehung keine Ausnahme zulassen und sind gegen den Antrag.

Genosse M a n n s f e l d :

Die heutige Tagung hat so außerordentlich wichtige Fragen zu erörtern, daß es notwendig ist, die Auseinandersetzung auf eine möglichst breite und tiefe Basis zu stellen. Redakteure und vor allem Referenten kennen die Bewegung am allerbesten. Sie haben keine Möglichkeit, hier mit einem Mandat zu erscheinen. Eine revolutionäre Organisation sollte in keiner Weise die geistige Auseinandersetzung einschränken. (Sehr richtig!)

Der Antrag wird gegen zwei Stimmen abgelehnt.
Es wird gegen zwei Stimmen der Antrag angenommen, daß die Vertreter der revolutionären Arbeitslosenräte mit beratender Stimme am Parteitag teilnehmen.

Genosse M a n n s f e l d :

Nach Ablehnung des ersten Antrages beantrage ich in strikter Durchführung der Beschlußfassung, daß die Mitglieder des Geschäftsführenden Hauptausschusses, die nicht im Besitz von Mandaten sind, nur zu den Tagesordnungspunkten der Geschäftsführung das Wort erhalten.

Aussprache über den Bericht

Genosse M a n n s f e l d :

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn man in einem Parteiprogramm für die Selbstbewußtseinsentwicklung der Mitglieder eintritt, ein Geschäftsführender Hauptausschuß keinerlei andere Funktionen hat, als eben Geschäfte zu führen und als eben den Ausdruck der prinzipiellen politischen Einstellung seiner Mitgliedschaften zu vertreten und Parolen zu formulieren, die nicht über den Willen der Mitgliedschaften hinausragen. In verschiedenen Fällen hat aber der Geschäftsführende Hauptausschuß eine Politik vertreten, die eine Bevormundung der Mitgliedschaften war und im wesentlichen über den Willen einzelner Wirtschaftsbezirke hinausgegangen ist. Der Geschäftsführende Hauptausschuß hat auch versucht, durch Flugblätter usw. eine Beeinflussung der Mitgliedschaften im Sinne der politischen Einstellung des Geschäftsführenden Hauptausschusses hervorzurufen, und zwar einmal in der Frage der politischen Arbeiterräte, die vom Geschäftsführenden Hauptausschuß in einzelnen Punkten so formuliert worden ist, daß durchaus nicht mehr der Wille der Wirtschaftsbezirke und auch nicht mehr sein programmatisches Prinzip vertreten worden ist. In einem Aufruf zur Wahl revolutionärer Arbeiterräte erklärt der Geschäftsführende Hauptausschuß, auf den Wahlmodus komme es überhaupt nicht an. Also wäre es dem Geschäftsführenden Hauptausschuß durchaus gleichgültig, ob in diesen, aus den den Betrieben heraus zu wählenden revolutionären Arbeiterräten, auch nicht im Betriebe stehende Parteibonzen der V.K.P.D. oder anderer historisch überwundener Parteirichtungen vertreten sind. Man hat es allerdings dialektisch sehr geschickt dahin erklärt, daß man mit dem Wahlmodus nur die Zahl gemeint habe. Des ferneren ist auf der erweiterten Reichsaus-

schuß-Sitzung das Verhalten der Genossen Rühle und Merges in Moskau gebilligt worden. Trotzdem haben verschiedene Mitglieder des Geschäftsführenden Hauptausschusses die Mitgliedschaften der Wirtschaftsbezirke mit ParteimitteIn versucht, in ihrem Sinne zu beeinflussen. In einem Schreiben an die Ortsgruppe Bitterfeld, das von dem Genossen Erdmann unterzeichnet ist, hat der Geschäftsführende Hauptausschuß eine durchaus entstellte Schilderung der Tätigkeit der Genossen Rühle und Merges in Moskau gegeben. In Bezug auf Rühle hat sich der Geschäftsführende Hauptausschuß nicht einer objektiven Berichterstattung befleißigt. Infolge dieser nur einseitigen Aufklärung innerhalb der Mitgliedschaften ist auch wahrscheinlich der Parteitag besetzt. Ein Rundschreiben an die Mitgliedschaften in der Frage Ostachsen war in keiner Weise objektiv und vertrat nur die ganz persönliche politische Einstellung des Geschäftsführenden Hauptausschusses. Das kann in keiner Weise gebilligt werden. Der Geschäftsführende Hauptausschuß hat als die Zentralinstanz der Partei in durchaus objektiver Weise alle aus den einzelnen Wirtschaftsbezirken sich gebärenden politischen und taktischen Fragen den Mitgliedschaften zu unterbreiten und hat durchaus keine Berechtigung, besondere politische Parolen herauszugeben und besondere politische Maßnahmen, wie die Entsendung eines Vertreters nach Moskau, vorzunehmen. Das letztere rüge ich auf das allerschärfste, weil der Parteitag eine Stellung in der Beziehung noch garnicht genommen hat, und wir gar keine Ursache hatten, über die Köpfe der Mitgliedschaften hinweg schon einen besonderen Vertreter zwecks Information nach Moskau in das Exekutiv-Komitee der 3. Internationale zu entsenden. Die Stellungnahme der Mitgliedschaften Mitteldeutschlands, die ich vertrete, ist die, daß der Geschäftsführende Hauptausschuß weiter keine anderen Funktionen auszuüben hat, als eben zu vermitteln, zu berichten, objektive Maßnahmen vorzunehmen und die Geschäfte zu führen. Die politischen Maßnahmen werden aus den Wirtschaftsbezirken heraus geboren, werden zur Einheit geschweißt und von den Mitgliedern kraft der Selbstbewußtseinsentwicklung unserer Mitgliedschaften und des Proletariats in genügender Weise selbst vertreten werden.

Genosse H e m p e l - Berlin:

Nach dieser Auffassung wäre der Geschäftsführende Hauptausschuß nur Schreibersknecht. Das müssen wir ganz entschieden ablehnen. Genosse Mannsfield will das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Ortsgruppen, letzten Endes der Mitglieder so weit ausdehnen, daß sie überhaupt keine Bindung mehr

über sich anerkennen. Das würde soweit gehen, daß jede Ortsgruppe vollständig für sich ihren Weg geht und zur Vermittlung der Briefsachen usw. nur den Geschäftsführenden Hauptausschuß eingesetzt hat. So sieht unsere Partei nicht aus. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir uns mehr und mehr zusammenbinden und fester uns zusammenschließen müssen, und daß wir etwas über uns anerkennen müssen, nämlich unser Parteiprogramm. Der Geschäftsführende Hauptausschuß soll uns auch in politischer Hinsicht vertreten. Es ist richtig, wir sollen ein möglichst großes Gewicht auf die Selbstbewußtseinsentwicklung legen, und wir sollen möglichst viel Tätigkeit und vieles Handeln in die Hände der einzelnen Personen letzten Endes legen. Aber andererseits gibt es nur eine Bindung, und das ist die Bindung im Kampfe. Allein kann nicht jeder kämpfen, denn sonst brauchen wir uns nicht zu organisieren. Die Organisationsform darf nicht zu einer Beherrschung der Mitgliedschaften führen, sondern muß den einzelnen Personen möglich machen, ihren Willen nach oben hin zur Durchführung zu bringen. Diese Organisationsform nennen wir das Rätssystem. Auf eine andere Art ist es nicht möglich, sich zusammenzufinden und zu binden und zusammenzuarbeiten und sogar zu kämpfen. Wer will denn sagen, daß wir nur einen Frankfurterkrieg gegen das Kapital zu führen haben? Wer will bestreiten, daß eine wohldisziplinierte, fest zusammengebundene und zusammengeschweißte Armee mächtiger ist als einzelne Personen, die hier und da nach ihrem eigenen Ermessen kämpfen! Der Standpunkt von Ostachsen, der da sagt, sie machen für Ostachsen allein die Revolution, sie erkennen über sich nichts mehr an - das sind die Fürstentümer und Königreiche, allenthalben verteilt, wo dann der einzelne über seinen kleinen Kreis herrscht und über sich nichts mehr anerkennen wil. Das ist das Höchste aber in der proletarischen Revolution, daß wir uns unterordnen, nicht irgendwelchen Bonzen, sondern der Revolution. Wir geben der Partei die Form, daß wir nicht beherrscht sind, sondern mittels dieser Organisation unseren Willen zur Durchführung bringen. Übrigens steht in den Anträgen des letzten Parteitages klar und deutlich, daß der Geschäftsführende Hauptausschuß beauftragt ist, Flugblätter herauszugeben. Wenn diese dem Genossen Mannsfeld nicht passen, so ist es sein gutes Recht, dagegen anzugehen, aber er darf die Dinge nicht so verkehren, daß er sagt, der Geschäftsführende Hauptausschuß hätte überhaupt keine Funktionen. Wir sagen, der Geschäftsführende Hauptausschuß hat unsere Meinung zu vertreten, und wir legen entschiedenste Verwahrung dagegen ein, daß der Genosse Mannsfeld uns als Heloten hinstellt, die nur das zu tun haben, was uns der Geschäftsführende Hauptauss-

schuß eingibt, als ließen wir uns den persönlichen Willen des Geschäftsführenden Hauptausschusses aufoktroieren, um uns in ein falsches Geleise zu bringen. In Bezug auf die politischen Arbeiterräte bin ich allerdings auch der Meinung, daß, nachdem die Parole herausgegeben war und wir uns einig waren, Aktionsausschüsse in den Betrieben zu wählen, der Geschäftsführende Hauptausschuß nicht ohne weiteres zu einer Änderung der Parole kommen konnte. Diese Wandlung der Parole habe ich ganz mißtrauisch betrachtet. Ich habe mich aber durch den Erfolg dieser Dinge überzeugt, daß es nichts geschadet hat. Die Begründung des Hauptausschusses für seine Stellungnahme hatte eine gewisse Berechtigung, nämlich daß er sagte, es waren die Dinge soweit gediehen, daß es zum offenen Kampf kommen konnte, und es war in den Tagen des August, wo die roten Truppen an der Grenze standen und wir uns mehr und mehr darauf eingerichtet hatten, den Rahmen weiterzuziehen. Denn wir stehen sicher auf dem Standpunkt: läuft die Bewegung in das Fahrwasser hinein, wo wir in die offenen Kämpfe hineinkommen, nun, dann brauchen wir eben die politischen Arbeiterräte. Die Erfolge haben wenigstens in Berlin gezeigt, daß die Taktik des Geschäftsführenden Hauptausschusses richtig war, denn es ist uns möglich geworden, damit gerade die Parole des Spartakusbundes, die nicht ehrlich gemeint war, niederzuschlagen.

In Bezug auf Rühle sagen wir, daß der Geschäftsführende Hauptausschuß allzu lange gezauert hat, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen (sehr gut!), denn sonst hätten sie sich nicht so auswachsen können und nicht eine solche Irreführung von seiten Rühles bringen können, der die Dinge tatsächlich auf den Kopf stellt und seinen persönlichen Standpunkt vertritt. Zu dieser Erklärung hat uns unsere Mitgliedschaft beauftragt.

Der Geschäftsführende Ausschuß hat da nicht einen Vertreter nach Moskau entsandt, sondern in allen Ortsgruppen, in allen Bezirken ist zu dieser Frage Monate hindurch Stellung genommen worden, und dann ist in Berlin, wo aus allen Wirtschaftsbezirken Vertreter zusammenkamen, beschlossen worden, von diesen Vertretern einen Vertreter nach Moskau zu entsenden. Der Geschäftsführende Hauptausschuß hat sein Mandat durchaus nicht mißbraucht, sondern hat so gehandelt, wie er handeln mußte.

Genosse S c h n e i d e r - Ost-Sachsen:
Wir Genossen von Ost-Sachsen billigen durchaus die Stellungnahme des Hauptausschusses in der Frage Rühle. Auch uns hat der Hauptausschuß viel zu lange mit einer Stellungnahme gewartet. Ich muß dem Genossen Rühle den Vorwurf machen, daß er nicht mehr revolutionär, sondern gegenrevolutionär handelt. An Hand von Tatsachen können wir darlegen, daß Genosse Rühle nicht den Standpunkt der Genossen vertritt, sondern seinen eigenen. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Diktator. Er hat es sich verscherzt, sich noch revolutionär nennen zu können. Wir klagen den Genossen Rühle sogar an, daß er schuld ist, daß während der ganzen Revolutionszeit gerade in Sachsen so viele Revolutionäre in die Gefängnisse gewandert sind. Er hat seinerzeit bei der Revolution einen Aufruf als Arbeiterrat unterschrieben, in dem es hieß: die bürgerliche Gerichtsbarkeit bleibt bestehen. Das war in der Zeit der Revolution, wo vor allen Dingen die bürgerliche Gerichtsbarkeit verschwinden muß, und die Revolutionsgerichte an ihre Stelle treten mußten. Der Genosse Rühle hat heute seine Hauptaufgabe darauf hingerrichtet, die Parteien in Ost-Sachsen zu zerschlagen. Nachdem ihm das gelungen war, ist er wie vom Erdboden verschwunden und macht keinen Finger krumm im Interesse seiner Organisation, die er als kommunistische Gruppe in die Arbeiter-Union hineinträgt, was wiederum dazu beiträgt, die Arbeiter-Union in Ost-Sachsen zu zerschlagen. Es haben sich heute bereits zwei Gruppen innerhalb der Arbeiterunion entwickelt, die im schärferen Kampfe gegeneinander stehen. Genosse Rühle steht auf dem Standpunkt, die Allgemeine Arbeiterunion soll die Partei ersetzen. Diese ganze Propaganda ging von Dresden aus, und Dresden hat sich am allerunfähigsten in der ganzen Revolutionszeit gezeigt. (Sehr richtig!) Viele sehen auch den Fehler ein, den Genossen Rühle gemacht hat, und kehren wieder zu uns zurück. Ich muß weiter feststellen, daß der Genosse Rühle überhaupt niemals Mitglied der K.A.P.D. war. Er ist als Delegierter in dem Hauptausschuß gewesen, er ist als Delegierter in Moskau für die Partei gewesen und war nie Mitglied der Partei! Damit will ich natürlich nicht sagen, daß das Mitgliedsbuch den Revolutionär ausmacht.

Genosse J e l l i n e c k - Zwickau:
Die letzten Ausführungen meines Vorredners muß ich ganz entschieden zurückweisen. Er hat sich persönlich gegen einen Genossen gewandt, der in weiten Kreisen der Arbeiterschaft als Revolutionär und als tätiger Revolutionär bekannt ist, der nicht hier ist, um die Angriffe gegen sich rich-

tigzustellen. Es ist nicht richtig, wenn gesagt wird, daß Genosse Rühle für die Revolution überhaupt nicht tätig ist. Ein Blick in die Zeitungen der Allgemeinen Arbeiterunion Ost-Sachsens zeigt, in welcher Weise der Genosse Rühle tätig ist. Diese Tätigkeit entspricht der heutigen Stagnation in der Revolution. Diese Tätigkeit ist viel versprechend für die Zukunft. Die Zukunft wird erst lehren, welche Minus-Arbeit in Ost-Sachsen geleistet worden ist. Ost-Sachsen wird in einer Zeit, die kommen wird, an erster Stelle stehen. Genosse Rühle war auch nicht ein Mitunterzeichner des erwähnten Aufrufs. Rühle hat sich gegen die dort hervorgehobenen Tendenzen gewandt.

Dann zur Tätigkeit des erweiterten Hauptausschusses! Da will ich die 3. Internationale und den Ausschluß von Ost-Sachsen aus der Partei berühren. Niemals kann der Hauptausschuß die Berechtigung haben, derartig schwerwiegende Fragen, die eine Erschütterung der ganzen Organisation eventuell nach sich ziehen können, eigenmächtig zu erledigen, einen Bezirk aus der Partei auszuschließen, ohne einen Vertreter. Und einen Vertreter für die 3. Internationale zu ernennen, dazu ist einzig und allein der Parteitag berechtigt. Leider sagen die Vertreter der meisten Bezirke zu allen Maßnahmen des Hauptausschusses ja und amen. (Oho!) Vielen Genossen die innerhalb der Bezirke eine führende Rolle spielen, fehlt ein gut Teil Selbstbewußtsein.

Genosse M a n n s f e l d :

Ich stelle fest, daß kein Mitglied des Geschäftsführenden Hauptausschusses es für notwendig hält, auf die Angriffe zu erwidern. Es ist natürlich bequem, so ein paar unbequeme Mahner reden zu lassen, wenn man sich der Mehrheit der Delegierten bewußt ist. Dem Delegierten von Ost-Sachsen bestreite ich überhaupt das Recht, im Namen einer Mitgliedschaft zu sprechen, denn die Mitgliedschaft von Ost-Sachsen, die er vertritt, ist verschwindend gering. Von der K.A.Z. ist ebenso wie vom Geschäftsführenden Hauptausschuß wenig objektiv und sehr einseitig gearbeitet worden. Des weiteren beanstandete ich, daß der damalige erweiterte Reichsausschuß sich das Recht angemaßt hat, den Genossen Rühle aus der Partei auszuschließen. (Zuruf: Er war ja nie darin!) - Machen wir uns doch keine Kinkerlitzen vor! Schon die alte sozialdemokratische Partei betrachtet jede Person zur Partei gehörig, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt. Wenn Sie allerdings die Mitgliedschaft von einem kleinen Wisch in der Brieftasche abhängig machen, dann

wirft das allerdings ein sehr bezeichnendes Licht auf die Geistesverfassung der Genossen, die sich Vertreter der revolutionären Organisation des deutschen Proletariats nennen. Weiter beanstandete ich, daß die Abstimmung damals durchaus nicht nach der Mitgliederzahl in der Sitzung vorgenommen worden ist, die dort vertreten war. Der Genosse Rühle hat niemals irgendwie gegen das Programm der K.A.P.D. verstoßen, sondern hat sie nach Kräften unterstützt und gefördert, wie er sich überhaupt in den Dienst unserer Organisation über seine Kraft hinaus gestellt hat. Daß er natürlich gegen die Parteien im historisch überlieferten Sinne war, das war sein gutes Recht. Auch unser Parteiprogramm war dagegen. Und er war der allererste, der erklärte, es ist eine Dummheit und schädigend für die Bewegung, wenn wir uns wiederum auch den Namen einer Partei geben. Da waren es gerade die Mitglieder der Berliner Ortsgruppe, die jetzigen Träger des Geschäftsführenden Hauptausschusses, die erklärten: Name ist Schall und Rauch. O, sie wußten damals schon sehr gut, wie wichtig auch prinzipiell ihnen dieser Name ist. Und heute auf dieser Tagung wollen sie es zur Tat werden lassen, daß die K.A.P.D., die den Namen Partei schon trägt, auch in ihrer Taktik und in ihren Prinzipien eine Partei wird. Den Fehler hat Genosse Rühle gemacht, daß er die Partei verließ. Wir werden uns bemühen, dafür zu sorgen, daß das Programm der K.A.P.D. heilig gehalten werde, daß nichts daran geändert wird, daß wir weiter daran festhalten, daß die Revolution keine Parteisache, sondern eine Angelegenheit der gesamten proletarischen Klasse ist. - Nun noch eine Charakteristik des Geschäftsführenden Hauptausschusses. Nachdem Ost-Sachsen aus der Partei ausgeschlossen war, konnte man nunmehr einen Schritt weitergehen, und man ging ihn. Man entsandte die Vertreter des Geschäftsführenden Hauptausschusses, die geimpften Referenten der Partei in die Wirtschaftsbezirke hinein, um sie zu beeinflussen. Bei uns in Mitteldeutschland tauchte auch so ein lieber Genosse auf, der uns klar machte, daß wir eine Resolution zur Einheitlichkeit der Partei annehmen müßten. Der Bezirk lehnte das aber ab.

Genosse O e l s c h l ä g e r - Nord:
Im großen und ganzen schließt sich der Bezirk Nord den Ausführungen von Genosse Hempel an. Es kann nur Böswilligkeit sein, wenn man den Satz der Zentrale, daß der Wahlmodus ganz gleichgültig ist, anders versteht, als er gemeint war, nämlich daß es egal sein kann, auf wieviel Mitglieder ein solcher Arbeiterrat kommt. Der Genosse Mannsfeld glaubt, daß er allein der Galshüter unseres Parteiprogramms sein kann. Ähnlich tat der Genosse

Jellineck, der meinte, daß alle anderen Delegierten nicht wüßten, was sie zu vertreten hätten. Der Genosse Mannsfeld glaubt, dadurch, daß keine andere Meinung in dem Bezirk zur Geltung kommt, kann die Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats gefördert werden. Gerade das Gegenteil ist richtig. Durch das Aufeinanderprallen der verschiedenen Standpunkte wird die Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats und damit die des einzelnen Genossen gefördert. Nur dadurch können sie zu einem bestimmten und festen Standpunkt kommen. Und ein einheitlicher Standpunkt muß hier für die Gesamtpartei in Frage kommen. Der erweiterte Zentral-Ausschuß hat die politische Stellung des Genossen Rühle beurteilt und sich nicht darum gekümmert, ob Genosse Rühle gerade ein Mitgliedsbuch hat. Der Ausschuß ist gerade durch die politische Stellungnahme des Genossen Rühle zu dem Standpunkt gekommen, daß er nicht zur Partei gehöre. Wenn eine Organisation vorhanden ist, muß auch ein Ausdruck dieser Organisation vorhanden sein. Es dürfen nicht verschiedene Parolen in die Massen und in den Kampf des revolutionären Proletariats geworfen werden. Um dieser Einheit und der Revolution willen, um des Kampfes willen, muß eine Einheit schon erzielt werden. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Standpunkt des Hauptausschusses allemal richtig ist. Grundsätzlich muß nur eine Einheitlichkeit vorhanden sein. Die Wirtschaftsbezirke können schon selbständig handeln.

Genosse M e r g e s :

Der Genosse Mannsfeld irrt sich, wenn er glauben sollte, daß der Geschäftsführende Hauptausschuß immer in allen Fragen konform gegangen ist, und daß nie in ihm eine Kritik oder etwas Ähnliches stattgefunden hat. Ich habe, wenn ich es für notwendig hielt, rücksichtslos diejenige Opposition gemacht, die ich für richtig hielt, ganz besonders im Falle Rühle, wo ich es nicht für richtig hielt, daß man ihn auch mit dieser Resolution, die an sich keinen direkten Ausschluß darstellte, als außerhalb der Partei stehend betrachtete. Dies hielt ich nicht für ganz glücklich und angebracht, weil der Genosse Rühle selbst nicht anwesend war. Das habe ich auch besonders betont. Ich habe auch bemerkt, daß ich die Empfindung nicht ganz los werden könne, als wenn man zunächst das Opfer Rühle bringen wolle, um dadurch die Aufnahmewürdigkeit in Rußland besser erlangen zu können. Im Hauptausschuß hat sich auch wiederholt folgendes abgespielt: zunächst, als wir von Moskau zurückkamen, war man ganz zufrieden. Das zweite Mal wurde schon etwas heftiger gegen uns opponiert, da waren wir ziemlich anrücklich, daß wir das Wort Feigling und Ähnliches schon ver-

dient hatten. Und zum dritten Mal wurde es ganz klobig; da hatten wir geradezu gemeingefährlich gehandelt. Ich habe nicht verfehlt, dem entgegenzutreten. Ich will damit nur zum Ausdruck bringen, daß wir jederzeit, wenn es notwendig war, auch unsere Meinung vertreten haben. Ich habe aber selbst gesehen und gehört, wie ausgiebig und aufreibend die Arbeit des Geschäftsführenden Hauptausschusses ist, und daß trotz meines oppositionellen Standpunktes ich die Empfindung gewonnen habe, daß die ehrlichste Absicht bei den Genossen im Hauptausschuß zweifellos vorhanden ist. Das enthebt uns natürlich nicht der Aufgabe, da, wo er vorbei haut, zu kritisieren. Wir sind nicht um der Person willen da, sondern um der Sache willen. Und wenn der Genosse Mannsfeld hier so sehr für den Genossen Rühle eintritt, so kommt es mir so vor, als ob er den Autoritätsglauben noch nicht losgeworden ist. (Sehr richtig!) Seine Ausführungen machen den Eindruck, als wenn er an die allein seligmachende Kraft des Genossen Rühle glaubt. Es ist die Stärke unserer Partei, so klein wir sind, daß wir jeden hinausbugisieren, wenn die Genossen es für notwendig halten, ganz gleich, ob das Merges oder Rühle oder sonst wer sein mag. Dieses scheinbare Überbordwerfen aller sogenannter verdienter Genossen ist nicht unsere Schwäche, sondern die Stärke des revolutionären Proletariats. (Bravo!)

Genosse S c h w a b :

Genosse Mannsfeld hat sich darüber beklagt, daß der Geschäftsführende Ausschuß diese Angriffe hier so an sich hat vorbeiplätschern lassen, ohne darauf zu antworten. Hätte aber ein Genosse vom Geschäftsführenden Hauptausschuß gleich auf die Angriffe von Genosse Mannsfeld geantwortet, dann hätte er sicherlich gesagt: da sieht man wieder die Bonzenwirtschaft, kaum wagt jemand ein Wort zu sagen, gleich bekommt er eins auf den Kopf. (Sehr richtig!) Also wie man es macht, ist es natürlich falsch! Der Geschäftsführende Hauptausschuß muß zunächst einmal die Meinungen der Delegierten in möglichst breitem Ausmaß hören und sich diejenige Zurückhaltung auferlegen, die der ganze Aufbau unserer Partei von den Genossen an dieser Stelle erfordert. Genosse Mannsfeld hat auch der Berliner Kommunistischen Arbeiterzeitung vorgeworfen, daß sie die Dinge schief und verkehrt darstelle, mit Beispielen hat er das aber nicht belegt. Die Berliner Kommunistische Arbeiterzeitung ist allerdings nicht ein Diskussionsorgan für alle Strömungen innerhalb der Parteien, sondern ist das Organ für die Meinung der Berliner Organisation. Die Berliner Proletarier würden dem Redakteur höllisch auf die Finger klopfen, wenn er die Spalten dieses

Blattes allen Strömungen öffnen würde. Auch hat der Genosse Mannsfeld nichts sachlich Greifbares gegen das Flugblatt vorzubringen, das sich mit der grundsätzlichen Einstellung Ost-Sachsens befaßte. Es dürfte ihm auch schwer fallen, etwas Greifbares gegen dieses Flugblatt zu sagen, das nach reiflichster Erwägung mit bestem Willen das Gemeinsame in der Haltung der Mehrheit der Partei und Ost-Sachsens herausuchte, um das gegenseitige Verständnis zu fördern und die Genossen von Ost-Sachsen zu überzeugen versuchte, daß innerhalb der Mehrheit der Partei nicht der Bonzenhochmut einzelner, sondern sehr wohl überlegte Gründe das Feld behaupten. Es mögen vielleicht einzelne Mißverständnisse des ostsächsischen Standpunktes in diesem Flugblatte enthalten gewesen sein, denn es war nicht immer leicht verständlich, was man eigentlich in Ost-Sachsen wollte. (Sehr richtig!) Aber es war ganz unpolemisch geschrieben. Die Gedankengänge von Ostachsen bedeuten in Wirklichkeit die Rückentwicklung von der proletarischen Solidarität zum Individualismus. (Sehr gut!) Nachdem wir uns in den selbstverständlichen Gedanken der proletarischen Solidarität, der einheitlichen Front derer, die auf dem Boden des Programms stehen, eingelebt haben, in die Haltung, daß die Minderheit sich der Mehrheit unterzuordnen hat, sofern man programmatisch einig ist, war es schon wirklich nicht leicht, die Autonomievorstellungen für jeden einzelnen Wirtschaftsbezirk und jede einzelne Ortsgruppe und jede einzelne Fabrik, die in Ost-Sachsen herrschten, halbwegs zu verstehen. Eine Erörterung über den Genossen Rühle ist für die Verhandlungen hier nicht förderlich. Bezeichnend für den Genossen Rühle ist, daß er in einer der letzten Nummern des Dresdner Blattes "Die Revolution" es sich geradezu als Verdienst anrechnet, nicht eingeschriebenes Mitglied der Partei gewesen zu sein. Das heißt nichts anderes als: ich, Rühle, bin immer der kluge Mann gewesen, der sich nirgends festgelegt hat, der sich nie mit irgendeiner Gruppe solidarisch gefühlt hat, sodaß er auch ihre Dummheiten nicht mitgemacht hat, ich bin immer Rühle geblieben und habe immer rechtzeitig den Moment gefunden, die anderen laufen zu lassen und meinen eigenen Kopf zu behalten. Wenn der Genosse Mannsfeld den Berliner Genossen vorwirft, sie hätten bei der Gründung der Partei mit dem Wort "Partei" ganz gut gewußt, was sie damit wollten, so ist das unerhört und bedeutet nichts anderes, als daß die Berliner Genossen damals in betrügerischer Weise nur den Namen "Partei" hineingeschuggelt hätten, um dann das Weitere sich vorzubehalten. Er glaubt dann auch, daß man die Einheitlichkeit der Partei gefordert habe, weil die 3. Internationale sie gefordert hat. Will er die Uneinigkeit der Partei,

weil die 3. Internationale die Einheitlichkeit fordert? Es scheint die Eigentümlichkeit des Genossen Mannsfeld und derer zu sein, die hinter ihm stehen, daß sie auf jeden Fall es unbedingt anders machen müssen, als die 3. Internationale es macht. So ist er offenbar auch der Meinung, daß der Wunsch der 3. Internationale, daß irgendjemand aus der Partei ausgeschlossen werden möge, für den Betreffenden nun eine Art Freibrief sein soll, daß er sich alles in seiner Partei erlauben darf. Der Entschluß gegen den Genossen Rühle und seine parteierstörenden Tendenzen etwas zu tun, ist uns schwer geworden. Es ist hier ja auch gesagt worden, daß der Geschäftsführende Hauptausschuß so langsam in der Beziehung vorgegangen wäre. Er mußte hier natürlich den Anschein vermeiden, hier deshalb gegen jemanden vorzugehen, weil die 3. Internationale es wünscht. Es darf aber nicht jemand deswegen, weil er von Moskau angegriffen wird, hier unter dem Schutze dieses Angriffs Zwiespalt in der Partei treiben.

Genosse Störzing :

Die Ausführungen, daß wir Delegierte in den Ausschusssitzungen willfährige Elemente für den Geschäftsführenden Ausschuß sind, können wir nicht so hinnehmen. Ich habe an diesen Sitzungen mehrmals teilgenommen und muß sagen, der Hauptausschuß ist dort an sich garnicht zur Geltung gekommen. (Sehr richtig!) Ich habe auch dort versucht, den Genossen Rühle zu halten, mußte mich aber überzeugen lassen, daß die Arbeit des Genossen Rühle die Partei dahin bringt, daß sie in sich zusammenfällt und der Revolution nicht dienen kann. Wenn hier bedauert worden ist, daß der Genosse Rühle sich hier nicht verteidigen kann, so hebe ich hervor, daß er auf der erweiterten Ausschusssitzung dazu Gelegenheit hatte, er es aber abgelehnt hat, obwohl ihn der Genosse Hellwig noch extra dazu aufgefordert hatte. (Sehr richtig!) Er erklärte einfach dem Genossen Hellwig, er müßte nach Frankfurt zu einer Versammlung. Er stellte also eine öffentliche Versammlung höher als die Arbeit innerhalb der Partei. Demnach mußte so gehandelt werden, wie gehandelt worden ist.

Genosse Hempel :

Der Genosse Rühle und auch der Genosse Mannsfeld scheinen unser Programm so auszulegen, daß wir uns organisieren sollen in der K.A.P.D., um uns sofort wieder aufzulösen. (Sehr richtig!) Ein Blödsinn sondergleichen! Das Blatt "Die Revolution" in Dresden hat auch unseren Standpunkt und unser Programm verlassen. (Sehr richtig!) Es steht darin nämlich wörtlich, daß

man über den bewaffneten Aufstand hohnlächelt, und man preist die Waffe des Generalstreiks als erste und ausschlaggebend. Dagegen sagt unser Programm, daß die Bewegung des Proletariats und die Revolution ihren Höhepunkt im bewaffneten Aufstand finden. Man will eben auf der anderen Seite der letzten eisernen Konsequenz aus dem Weg gehen und möglichst versuchen, einen anderen Weg zu finden, der nicht so hart und so schwer ist. Diese Genossen sind eben letzten Endes Pazifisten und nichts anderes. (Sehr richtig!) Daraus ist das ganze Verhalten von Genosse Rühle zu erklären, daß er sich in Moskau nicht durchsetzen konnte, daß er den Auseinandersetzungen im Geschäftsführenden Hauptausschuß fern blieb und daß er, als die roten Truppen an der Grenze standen und wir uns vorbereiteten, aktiv einzugreifen, an den Hauptausschuß schrieb: was macht Ihr für Dinge, Ihr seid wohl Putschisten usw.! Das zeigt klar und deutlich, wohin es führt, wenn man sich nicht binden lassen will, wenn man für sich in Ost-Sachsen, im letzten Bezirk die Revolution machen will und niemand über sich entscheiden lassen will, weil man zu feige und zu flau und zu weich ist. (Sehr gut!) Diesen Leuten sollen wir keine Träne nachweinen, sondern froh über sie sein, daß sie weg sind wie über so manchen anderen, der geglaubt hat, nicht den schweren Weg der Revolution gehen zu brauchen, wie Wolffheim und Laufenberg, wie über die U.S.P.D.-Leute, die den parlamentarischen Weg gewählt haben, wie über die Sozialdemokraten, die sich der Bourgeoisie verkauft haben, weil sie Angst haben, den schweren Kampf, den bewaffneten Aufstand letzten Endes durchzuführen. Über diese Dinge laßt uns nicht länger reden; es ist unser nicht würdig, über Leute, die jetzt schon gefallen sind, die jetzt schon die letzten Konsequenzen aufgegeben haben, noch stundenlang zu reden. (Sehr richtig!) Dann legen wir entschiedenste Verwahrung dagegen ein, daß uns Genosse Mannsfeld einer Unehrllichkeit bezichtigt.

Genosse Erdmann :

Ich werde noch ausgiebige Gelegenheit haben, unter Punkt 8 dem Genossen Mannsfeld zu antworten. Hier stelle ich nur fest, daß es eine Unwahrfähigkeit ist, zu sagen, ich habe auf der Bezirkskonferenz in Mitteldeutschland eine Resolution eingebracht, die dann abgelehnt wurde. Diese Resolution wurde von dem Genossen Hans Untzelmann eingereicht und fand eine Majorität bei den Delegierten. Der Genosse Hellwig erklärte dann, es entspreche nicht der proletarischen Demokratie, daß jeder Genosse, der nur wenig Stimmen vertritt, genau solches Stimmrecht hat wie derjenige, der